

# Protokoll

der 108. Hauptversammlung vom 3. April 2017, 17:30 Uhr im Hotel Kreuz, Zeughausgasse 41, 3011 Bern

## Traktanden

1. Referat Stadtpräsident Alec von Graffenried
2. Protokoll der 107. HV vom 4. April 2016
3. Jahresbericht 2016
4. Standespolitik / aktuelle Themen
5. Rechnungsablage 2016
6. Revisionsbericht / Déchargeerteilung
7. Budget 2017
8. Ehrungen
9. Verschiedenes / Wortmeldungen
10. Gemeinsamer Imbiss

Pünktlich um 17.35 Uhr eröffnet der Präsident Simon Bühler die 108. Hauptversammlung des Personalverbandes der Stadt Bern.

Namentlich begrüsst er

- die Ehrenmitglieder:  
Heinz Bula, Toni Isenschmied und Walter Schopferer
- als Vertreter befreundeter Verbände und der Politik:
  - Herr Alec von Graffenried, Stadtpräsident von Bern
  - Frau Giovanna Battagliero, Präsidentin Kaufmännischer Verband Bern
  - Frau Yasemin Cevik, Präsidentin Angestellte Stadt und Region Bern
  - Herr Urs Stauffer, Präsident Zentralverband Öffentliches Personal Schweiz
  - Herr Daniel Wyrsh, Geschäftsführer Bernischer Staatspersonalverband
  - Herr Kurt Amiet, KV Bern und Sekretär Angestellte Stadt und Region Bern
  - Herr Marcel Zbinden, Präsident Personalvertretung EWB
  - Herr Michel Berger, VPOD-Regionalsekretär Bern
- Entschuldigt:  
Ehrenmitglieder Martin Arn, Bruno Kneubühl, Elsbeth Zimmermann, Niklaus Freivogel und Hans-Ulrich Gränicher

Gemäss Präsenzliste sind 109 Mitglieder anwesend. Der Präsident stellt fest, dass die Einladung ordnungsgemäss in der ZV-Info Januar/Februar 2017 veröffentlicht wurde, die Versammlung somit handlungs- und beschlussfähig ist. Die publizierte Traktandenliste wird ohne Gegenstimme genehmigt. Allfällige Wahlen werden offen durchgeführt, ausser

es würden ausdrücklich geheime Wahlen gewünscht. Die Stimmzähler werden erst gewählt wenn dies nötig sein sollte.

## **1. Referat Stadtpräsident Alec von Graffenried**

Stadtpräsident Alec von Graffenried begrüsst die Anwesenden und bekräftigt die Wichtigkeit guter Zusammenarbeit mit Verbänden und Gewerkschaften. Er hebt die grosse Bereitschaft der Angestellten im Service Public der Stadt Bern hervor. Er habe in der kurzen Zeit als Stadtpräsident grosse Motivation, Kompetenz und Eigenverantwortung bei den Mitarbeitenden festgestellt. Damit dies auch weiterhin so bleibe, müssen auch die Rahmenbedingungen wie gute Ausbildung, Weiterbildung sowie gute und fortschrittliche Arbeitsmodelle im Bereich Arbeit und Familie beibehalten und gefördert werden. Auch in Bezug auf die räumliche Unterbringung der zurzeit sehr verzettelten Stadtverwaltung sind Verbesserungen anzustreben. Eine Zentralisierung der Stadtverwaltung auf möglichst wenige Standorte sei nach wie vor ein Thema; ein Konzept Stadthaus sowie diverse mögliche Standorte würden aber aus Kostengründen im Moment nicht weiterverfolgt. Simon Bühler bedankt sich bei Alec von Graffenried für den Besuch an unserer HV und überreicht ihm ein kleines Präsent.

## **2. Protokoll der 107. Hauptversammlung vom 4. April 2016**

Das Protokoll der letzten HV wurde in der ZV-Info Ausgabe Juni 2016 veröffentlicht. Es gibt keine Wortmeldungen, das Protokoll wird genehmigt.

## **3. Jahresbericht 2016**

Der Jahresbericht 2016 wurde in der ZV-Info vom März 2017 publiziert. Auf das Verlesen des Jahresberichts wird daher verzichtet. Die Versammlung genehmigt den Jahresbericht ohne Wortmeldung einstimmig.

## **4. Standespolitik / aktuelle Themen**

Simon Bühler informiert die Versammlung über den aktuellen Stand der Verhandlungen betreffend Primatwechsel bei der Pensionskasse.

Im März 2012 wurde im Stadtrat bekanntlich eine Motion erheblich erklärt, die vom Gemeinderat verlangt, bis am 31. März 2016 ein Reglement vorzulegen, welches den Wechsel vom Leistungs- in das Beitragsprimat der Personalvorsorgekasse vorsieht.

Der Gemeinderat wurde somit beauftragt, zusammen mit den Sozialpartnern den Primatwechsel vorzubereiten.

Damit wir in diese Verhandlungen mit dem Gemeinderat einsteigen konnten, haben wir uns erlaubt vorgängig einen Forderungskatalog zu erstellen.

Diese Forderungen wurden am 18. November 2014 an einer gemeinsamen Mitgliederversammlung von VPOD und PVSB beschlossen.

Für uns muss ein Leistungsziel von 61,2 % mit 63 Jahren auch im Beitragsprimat erreicht werden. Dies muss schriftlich und verbindlich festgeschrieben sein.

Bei einem Primatwechsel erscheint uns eine Ausfinanzierung auf 100 % zum Zeitpunkt des Primatwechsels notwendig. Die Wertschwankungsreserven von 21,9 % müssen aufgebaut und zum Zeitpunkt des Primatwechsels gedeckt sein.

Übergangsgeneration sind alle Personen, die zum Zeitpunkt des Primatwechsels in der Stadt Bern, bei Bernmobil, bei Energie Wasser Bern und den weiteren angeschlossenen Firmen angestellt sind. Bei ihnen muss die Initialgutschrift aufgrund des Leistungsziels von 61,2 % mit 63 Jahren festgesetzt werden. Die Risikoleistungen bleiben im Leistungsprimat.

Wir haben unser beabsichtigtes Vorgehen als Verband jederzeit transparent aufgezeigt.

Von Anfang an war eine erneute Mitgliederversammlung PVSB / VPOD geplant, um dort den Mitgliederbeschluss zur Vernehmlassungsantwort demokratisch festzulegen.

Aufgrund der sehr guten Verhandlungsergebnisse wie auch dadurch, dass unsere Forderungen im Vernehmlassungsentwurf alle eingehalten wurden, konnten wir am 26.01.2016 mit einem fast einstimmigen Beschluss unsere Vernehmlassungsantwort verabschieden. Darin haben wir die folgenden Schwerpunkte nochmals beschrieben:

Der definierte Forderungskatalog zusammen mit dem von uns erwirkten Gemeinderatsbeschluss ist von zentraler Bedeutung und entscheidend für unsere Beurteilung des Resultats. Uns erscheint die aktuell vorliegende Totalrevision ausgewogen, die zukünftigen Risiken aller Beteiligten werden beachtet und der Ausfinanzierungsprozess bleibt ungestört.

Für die Personalverbände ist es entscheidend, dass die vorliegende Revision als gesamtes Paket betrachtet wird. Es ist jetzt ausgewogen und ist so für alle Beteiligten zu tragen.

Würden beispielsweise nachträglich die beschlossenen Ausfinanzierungsmodalitäten verändert, müssten wir auf die sofortige Behebung der Unterdeckung und die Ausfinanzierung der Wertschwankungsreserven bestehen, was sehr hohe Kosten verursachen würde. Ein Primatwechsel darf nicht zu einer Verschlechterung des Rentenziels mit 63 Jahren führen und wir stimmen einer Veränderung nur zu, wenn der Verfassungsauftrag auf eine Weiterführung des bisherigen Lebensstandards auch - wie jetzt angedacht - für die tieferen Einkommen wieder erfüllt wird.

Aufgrund des fast einstimmigen Beschlusses an unserer Mitgliederversammlung darf gesagt werden, dass der Gemeinderat, die angeschlossenen Arbeitgeberinnen, die Verwaltungskommission der PVK und die Personalverbände geschlossen hinter der Vorlage stehen.

Am 30. März 2016 verabschiedete der Gemeinderat die Vorlage zur Vernehmlassung bei den städtischen Parteien.

Wie es auch im Schreiben der PVK vom März 2016 festgehalten wird, ist aktuell der folgende Fahrplan zur Weiterbearbeitung vorgesehen:

- Frühling 2016: Vernehmlassung bei den politischen Parteien, anschliessend Verabschiedung der Vorlage durch den Gemeinderat zuhanden der vorberatenden Kommission des Stadtrats.
- 2017: Behandlung der Vorlage in der vorberatenden Kommission sowie im Stadtrat.
- Ab 1. Januar 2019: Inkrafttreten des neuen Personalvorsorgereglements.

Wir verfolgen die Entwicklungen in der politischen Debatte und sind sehr gespannt auf die Resultate der verschiedenen Etappen der Vorlage.

Unsere Anliegen und Forderungen haben wir formuliert und dazu einen entsprechenden Gemeinderatsbeschluss erwirkt, welche unsere Anliegen stützt. Dies bildete die Grundlage für unsere Debatten. Inhaltlich wurden folgende Forderungen festgehalten:

Wir gehen von den Bedingungen für Beiträge und Renten aus, die per 1.1. 2015 bei der PVK gelten.

Nebst dem geforderten Primatwechsel, hat sich ein weiteres Thema stark in unseren Fokus gedrängt: die Nachfolgeregelung des Verwaltungsratssitzes der Sozialpartner im VR von EWB. Ein Thema, welchem wir anfangs keine grosse Tragweite beigemessen hatten, hat sich zu einer grossen Story entwickelt. Dies mit einer umfangreichen Berichterstattung in den Tagesmedien und einigen Verhandlungen sowie dem Anspruch auf klärende Gespräche zwischen den Sozialpartnern. So wurde in den Medien von einem «Machtkampf» von parteistategischem Vorgehen und von anscheinend fehlenden Branchenkenntnissen berichtet. Die ständigen Diskussionen und die Berichterstattung haben uns als Vorstand dazu bewogen, die Sachlage mit einem Schreiben an die Aufsichtskommission des Berner Stadtrats zu klären. Mit diesem Schreiben haben wir auch unsere Partner - VPOD Städte, Gemeinden, Energie, Unia Sektion Bern und die Personalvertretung EWB - bedient.

Aus den Medien konnten wir nun die letzten Entwicklungen entnehmen. Entscheiden muss schliesslich das Stadtberner Parlament.

Dessen Aufsichtskommission hat nun beschlossen, die von uns vorgeschlagene Kandidatin für ein Hearing einzuladen und, falls sie überzeugt, dem Stadtrat zur Wahl vorzuschlagen.

«Wir haben einstimmig entschieden, uns nicht über den Gesamtarbeitsvertrag hinwegzusetzen», sagte die Kommissionspräsidentin auf Anfrage. Der Gesamtarbeitsvertrag schreibe vor, dass nur die Personalvertretung Verwaltungsratsanwärter nominieren dürfe. Die vom Gewerkschaftsbund und auch von der Unia portierten Personen können sich somit nicht einmal offiziell auf das Amt bewerben. An einem weiteren Treffen will der Gewerkschaftsbund beraten, was nun zu tun sei und ob allenfalls eine Kampfkandidatur lan-

ciert wird, die dann im Stadtrat gegen die vorgeschlagene Kandidatin antritt. Aus Sicht des Vorstands des Personalverbands ist es höchst bedauerlich und den Anliegen der Arbeitnehmenden wenig dienlich, dass die Nachfolgeregelung VR EWB zu einem öffentlichen Disput geführt hat. Gerade im Sinne der Arbeitnehmenden ist zu hoffen, dass diese Angelegenheit möglichst rasch einer einvernehmlichen, für alle Beteiligten befriedigenden Lösung zugeführt werden kann. Die Arbeitnehmendenvertretung im VR EWB ist seit 1. Januar 2017 vakant ist. Dieser Umstand sollte so schnell wie möglich korrigiert werden.

## **5. Rechnungsablage 2016**

Simon Bühler erläutert die Rechnung 2016. Der Revisorenbericht wird von Daniel Fischbach verlesen. Die Rechnung wird von der Versammlung einstimmig genehmigt und Lukas Bieri für die vorzügliche Verwaltung der Kasse gedankt.

## **6. Revisionsbericht / Déchargeerteilung**

Mit der Verabschiedung des Jahresberichts und der Zustimmung zur Rechnung 2016 wird das Verbandsjahr 2016 offiziell abgeschlossen. Die Anwesenden erteilen dem Vorstand einstimmig Décharge.

## **7. Budget 2017**

Simon Bühler erläutert das Budget 2017. Der Vorstand empfiehlt der Versammlung, die Mitgliederbeiträge wie letztes Jahr zu belassen. Die Versammlung stimmt diesem Antrag einstimmig zu. Für das Budget werden keine Anträge gestellt. Das Budget 2017 wird wie vom Vorstand vorgeschlagen von der Versammlung angenommen.

## **8. Ehrungen**

Die Versammlung gedenkt der im Jahr 2016 verstorbenen Mitglieder Bandi Christian, Bürgi Ernst, Casagrande Edith, Ehrath Arnold, Moser Kurt, Moser Anton, Pfäffli Margaretha, Steiner Silvia, Sterchi Beatrice und Tschannen Fritz mit einer Schweigeminute. Simon Bühler spricht den Hinterbliebenen die Anteilnahme aus.

Zu neuen Veteranen mit 30 Jahren Mitgliedschaft werden Balmer Edwin, Brühlhart Roland, Dürig Willy, Merz Heinz, Vonlanthen Josef und Zeender Vreni ernannt. Mit einem kleinen Präsent dankt Simon Bühler den Anwesenden für ihre Treue zum Verband.

## **9. Verschiedenes**

Urs Stauffer, Präsident Zentralverband Öffentliches Personal Schweiz, überbringt der Versammlung die Grüsse des Zentralverbands. Er vergleicht in seiner kurzen Grussbotschaft die Situation betreffend den vorgesehenen Primatwechsel in Bern mit dem bereits vollzogenen in Biel. Der Kampf mit dem Arbeitgeber betreffend Ausfinanzierung muss in Biel im Nachhinein geführt werden und ist in vollem Gang. Auch die Folgen der Unternehmenssteuerreform für Kantone und Gemeinden werden in seiner Ansprache angeschnitten. Letztlich stellt Urs Stauffer kurz das Buch des ZV «Menschen im Service Public» vor.

Michel Berger, VPOD-Regionalsekretär Bern, bedankt sich beim Personalverband der Stadt Bern für die gute Zusammenarbeit und überbringt die Grüsse des VPOD. Auch in seiner Ansprache ist der vorgesehene Primatwechsel in der Pensionskasse das Hauptthema.

Simon Bühler bedankt sich bei den Vorstandskollegen, Kommissionsmitgliedern und allen Vertrauenspersonen für die geleistete Arbeit sowie allen Mitgliedern für die Unterstützung des Personalverbands der Stadt Bern.

Mit der Bekanntgabe des Termins der 109. Hauptversammlung, welche am 9. April 2018 stattfinden wird, schliesst der Präsident um 18:25 Uhr die 108. Hauptversammlung.

Im Anschluss an den offiziellen Teil der 108. Hauptversammlung offerierte der Personalverband der Stadt Bern den Anwesenden einen Imbiss.

Der Protokollführer

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'W. Wirth', written in a cursive style.

Werner Wirth